

V. Abgrenzung zwischen Entwicklungs-, Transitions- und Transformationsproblematik

Erscheinungsformen von Unterentwicklung in Ländern der Dritten Welt

Wie die Ausführungen zu Entwicklungs-, Transitions- und Transformationsproblematik bereits andeuten, ist zwischen den konkreten Problemlagen, wie sie einerseits mit Unterentwicklung und politischen Umbrüchen in Entwicklungsländern des Südens, insbesondere Lateinamerikas, und andererseits mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchprozessen in Mittel- und Osteuropa einhergehen, häufig keine klare Trennlinie zu ziehen. Der Versuch einer Abgrenzung zwischen beiden Kontexten muss daher zunächst an den Erscheinungsformen von Unterentwicklung ansetzen, wie sie sich in der großen Mehrzahl der Länder der Dritten Welt, nicht oder in weit geringerem Maße dagegen in den Ländern des ehemaligen Ostblocks manifestieren.

In der Frage nach den Ursachen von Unterentwicklung herrscht ein klarer Dissens zwischen DependenztheoretikerInnen einerseits, die ihren Fokus auf die abhängige Entwicklung der Peripherie vom Zentrum und die damit einhergehende strukturelle Heterogenität innerhalb der peripheren Länder richten, und den ModernisierungstheoretikerInnen andererseits, die den Grund für die Misere der Dritten Welt in endogenen Faktoren verorten. Hinsichtlich der Diagnose von Unterentwicklung besteht jedoch weitgehende Einigkeit. Neben den in weiten Teilen bereits in den 1960er Jahren von Ökonomen entworfenen Indikatoren für Unterentwicklung, die insbesondere auf wirtschaftliche Rückständigkeit und Kapitalmangel und damit beispielsweise auf niedriges Pro-Kopf-Einkommen, eine geringe Fähigkeit zur Kapitalakkumulation, niedrige Arbeitsproduktivität sowie eine geringe Diversifizierung der Produktionsstrukturen abheben, gelten Analphabetismus, Bevölkerungswachstum, große soziale Ungleichheiten sowie unterentwickeltes Humankapital als einige der wichtigsten Kennzeichen unterentwickelter Gesellschaften.⁵⁸⁰

Während die Länder Mittel- und Osteuropas, wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausprägung, hinsichtlich zahlreicher ökonomischer Indikatoren durchaus Parallelen zur Situation in Entwicklungsländern des Südens aufweisen⁵⁸¹, zeigen sich bezüglich der weiteren Kennzeichen von Unterentwicklung doch deutliche Unterschiede. Nicht zuletzt aufgrund ihrer sozia-

⁵⁸⁰ Vgl. Nuscheler 1996, S. 147f.; Ibid. 2003, 3ff.

⁵⁸¹ Als Beispiele für derartige Parallelen nennt Nuscheler die marginale Position der postsozialistischen Transformationsländer im Weltwirtschaftssystem, ihr Eingebundensein in asymmetrische Außenhandelsbeziehungen (Rohstoffe gegen Fertigwaren), hohe Defizite im Staatshaushalt und in der Zahlungsbilanz, veralteter Kapitalstock und damit einhergehend geringe Wettbewerbsfähigkeit, niedriges Pro-Kopf-Einkommen und hohe Inflation. Vgl. Nuscheler 1996, S. 86f.

listischen Vergangenheit und der damit einhergehenden bereits erbrachten Modernisierungsleistungen weisen die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer ein hohes Bildungsniveau und damit eng verbunden ein hoch entwickeltes Humankapital, ein hohes wissenschaftlich-technologisches Entwicklungspotential, ein geringes Bevölkerungswachstum sowie nach wie vor eine deutlich größere soziale Egalität als Länder der Dritten Welt und insbesondere Lateinamerikas auf. Unter anderem aufgrund dieser Unterschiede zu Entwicklungsländern plädiert Nuscheler trotz vor allem in ökonomischer Hinsicht ähnlicher Problemlagen, „die Transformationsländer als eine Ländergruppe sui generis zu betrachten“⁵⁸² und damit klar von Entwicklungsländern des Südens abzugrenzen.

Defizite im politischen und zivilgesellschaftlichen Bereich in Transformations-, Transitions- und Entwicklungsländern

Während die Länder Mittel- und Osteuropas „nicht die typischen Strukturgebrechen von Unterentwicklung [haben]“⁵⁸³ und sich damit in signifikanter Weise von Entwicklungsländern des Südens unterscheiden, weisen sie doch auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene Defizite auf, die in sehr ähnlicher Ausprägung in Entwicklungsländern des Südens zu beobachten sind.

Eine formale, nicht konsolidierte Demokratie mit schwacher parlamentarischer Opposition, instabilen Regierungen, einem ausgeprägten Zentralismus, einer ineffektiven Administration und einem defizitären Rechts- und Sozialstaat sind Merkmale, die sowohl Entwicklungsländer des Südens als auch mittel- und osteuropäische Staaten aufweisen. Eine unterentwickelte demokratische politische Kultur innerhalb der Gesellschaft und der Eliten, die im Misstrauen gegen Institutionen und politische Akteure sowie in Klientelismus und Korruption ihren Ausdruck findet, ist ebenso kennzeichnend für Länder beider Regionen wie eine instabile, fragmentierte und in weiten Teilen antistaatliche Zivilgesellschaft. In einem gemeinsamen Positionspapier erklärten daher die politischen Stiftungen Mitte der 1990er Jahre: „Viele Länder in Mittel- und Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zählen zwar zu den Industrieländern, sind allerdings in wichtigen Bereichen wie gesellschaftliche Pluralität, Parlamentarismus, Dezentralisierung und Regionalisierung, Marktwirtschaft und soziale Absicherung sowie Menschenrechte und Minderheitenschutz de facto nach wie vor Entwicklungsländer.“⁵⁸⁴

⁵⁸² Ibid., S. 89. Vgl. auch Pogorelskaja 1997, S. 149ff.

⁵⁸³ Nuscheler 1996, S. 89.

⁵⁸⁴ KAS / FES / FNSSt / HSS / SVR (1995): Die Tätigkeit der politischen Stiftungen in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion (MOE/NUS), Bonn (gemeinsames Positionspapier der politischen Stiftungen), zit. n. Matzke 1997, S. 3.

Als wichtige Voraussetzungen sowohl für Entwicklung als auch für Demokratisierung nennt Nuscheler einen handlungsfähigen Staat und kompetente Führungseliten, intelligente politische und ökonomische Führungsgruppen, die Herausbildung nicht nur eines „political man“, sondern auch eines „industrial man“ sowie die Entwicklung von Trägergruppen für Demokratisierungsprozesse.⁵⁸⁵ Sämtliche dieser Voraussetzungen sind in der Mehrzahl der Länder Mittel- und Osteuropas wie auch der Entwicklungsländer des Südens nicht oder nur unzureichend gegeben und können aufgrund der genannten Strukturdefizite in Politik und Zivilgesellschaft nur schwer geschaffen werden.

Es muss jedoch stets berücksichtigt werden, dass sämtliche der angeführten Defizite auf politischer und gesellschaftlicher Ebene sowohl innerhalb der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer als auch innerhalb der Gruppe der postsozialistischen Transformationsländer eine sehr unterschiedliche Ausprägung erfahren. Während beispielsweise in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara nach wie vor bestenfalls nur sehr rudimentäre politische, zivilgesellschaftliche und gewerkschaftliche Strukturen existieren, weist eine große Zahl lateinamerikanischer Länder deutlich stabilere politische Systeme, ausgeprägte zivilgesellschaftliche Strukturen sowie starke Gewerkschaften auf. Doch auch innerhalb einer Region wie Lateinamerika sind große Unterschiede zwischen ökonomisch stark unterentwickelten und politisch instabilen Ländern wie etwa Bolivien und Guatemala und politisch wie auch wirtschaftlich relativ weit entwickelten Schwellenländern wie beispielsweise Mexiko und Brasilien auszumachen.

In der Region Mittel- und Osteuropa ist dagegen ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennbar. Während die vier Visegrád-Länder⁵⁸⁶, Slowenien und die baltischen Staaten inzwischen ein relativ hohes Entwicklungsniveau erreicht haben und sich auf ihrem wirtschaftlichen, politischen und auch kulturellen Entwicklungsweg zunehmend an die Staaten Westeuropas annähern⁵⁸⁷, leiden insbesondere die zentralasiatischen Länder nach wie vor unter „typischen Strukturgebrechen“ wie sie Entwicklungsländer des Südens aufweisen.⁵⁸⁸ Dass jedoch nicht

⁵⁸⁵ Vgl. Nuscheler 2003. Vgl. dazu auch Sandschneider 2003, S. 35.

⁵⁸⁶ Dies sind Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, die 1991 in der Stadt Visegrád ein Abkommen unterzeichneten, um nach dem Ende des Kalten Krieges ihre Interessen hinsichtlich der europäischen Integration gemeinsam zu verfolgen sowie die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren.

⁵⁸⁷ Einige Indikatoren dafür sind regelmäßig stattfindende demokratische Wahlen, von der Verfassung garantierte Rechtsstaatlichkeit, die weitgehende Respektierung der Menschenrechte sowie das Erstarken der Zivilgesellschaft. Auch die Privatisierung staatlicher Unternehmen ist in diesen Ländern bereits weit fortgeschritten, die Volkswirtschaften sind geöffnet und die Märkte weitgehend dereguliert. Vgl. dazu Kovács 2004, S. 26f.

⁵⁸⁸ Halbach beispielsweise ordnet die Region Zentralasien folgendermaßen ein: „Wendet man gängige Kriterien für den Status von Entwicklungsländern an – 1. sehr niedriges Volkseinkommen, 2. sehr ungleiche Einkommensverteilung, 3. Dominanz der Landwirtschaft, 4. Knappheit an Arbeitsplätzen, 5. Unausgewogenheit von Einfuhr (Fertigprodukte) und Ausfuhr (Rohstoffe), 6. starkes Bevölkerungswachstum, 7. Unterernährung, 8. wechselhaftes Klima, 9. Mängel der Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation, Bildungs- und Gesundheitswesen) und 10. Analphabetismus –, dann entspricht das ehemals sowjetische Zentralasien in einigen Punkten (1, 3, 5, 6)

nur zwischen verschiedenen Regionen Mittel- und Osteuropas, sondern ebenso zwischen Nachbarländern derselben Region zum Teil erhebliche Entwicklungsgefälle bestehen, wird an den Erfahrungen deutlich, die die FES mit ihrem von Warschau aus koordinierten regionalen Gewerkschaftsprojekt machte. Da die Gewerkschaften der in dieses Projekt integrierten Länder große Unterschiede im Niveau ihrer inhaltlichen und organisatorischen Entwicklung aufwiesen, war eine Kooperation und Koordination der Arbeit innerhalb des Regionalprojekts noch vor wenigen Jahren nur schwer möglich.⁵⁸⁹

Während also hinsichtlich grundlegender Entwicklungsprobleme, wie etwa existentieller Armut, Analphabetismus und Bevölkerungswachstum, eine recht klare Unterscheidung zwischen einerseits Entwicklungs- und auch Schwellenländern des Südens, die in ihrer großen Mehrzahl von diesen Problemen in unterschiedlicher Ausprägung betroffen sind, und andererseits den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas, die derartige Kennzeichen von Unterentwicklung nicht aufweisen, getroffen werden muss, kann bezüglich der Entwicklungsdefizite auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene keine klare Trennlinie zwischen den beiden Regionen gezogen werden. Unterschiede in Art und Ausprägung von Entwicklungsdefiziten in Bereichen wie Regierung, Parlament, Justiz, Administration, Parteien und Zivilgesellschaft sind vor allem zwischen verschiedenen Ländern innerhalb derselben Region und weit weniger zwischen Entwicklungs- und Transitionsländern Lateinamerikas einerseits und den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas andererseits erkennbar.

Historische, wirtschaftliche und politische Hintergründe der Problemlagen Mittel- und Osteuropas und Lateinamerikas

Ein Kriterium jedoch, anhand dessen eine klare Unterscheidung zwischen Entwicklungs- und Transitionsländern auf der einen Seite und den postsozialistischen Transformationsländern auf der anderen Seite getroffen werden kann, sind die sehr unterschiedlichen historischen, politischen und wirtschaftlichen Hintergründe, aus denen die vordergründig gleichartigen Entwicklungsprobleme in Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika hervorgehen.

dieser Kategorie sehr deutlich und in anderen teilweise. Nur in einem einzigen Punkt entzieht es sich der Einordnung in Entwicklungsländer völlig, nämlich in dem des Analphabetismus.“ (Halbach, Uwe: Die zentralasiatischen Republiken, in: HDW, 3. Aufl., Bd. 6, Bonn 1993, S. 122-151, hier: S. 124, zit. n. Nuscheler 1996, S. 88.) Obgleich diese Einschätzung bereits vier Jahre nach dem Umbruch in Osteuropa vorgenommen wurde, kann sie auch heute noch, wenn auch hinsichtlich einiger Aspekte in abgeschwächter Form, weitgehende Gültigkeit beanspruchen.

⁵⁸⁹ Vgl. FES: Vermerk zum regionalen Gewerkschaftsprojekt 2003. Das Projekt umfasst die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien und die Slowakei. Zu Konzeption, Zielen und Umfang des von Warschau aus koordinierten regionalen Gewerkschaftsprojekts siehe <http://www.fes.de/international/moe> sowie Kap. IX.2.5.

Der Kolonialismus in Lateinamerika brachte unter anderem die Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskraft sowie die Unterwerfung der lokalen Bevölkerung mit sich, was gemäß der Dependenztheorie langfristige Folgewirkungen, etwa in Form mangelnder Kapazität zur Ausbildung von Humankapital und damit geringer eigener Innovationskraft hatte und in der Argumentation kritischer ModernisierungstheoretikerInnen aufgrund des damit einhergehenden aufoktroierten kapitalistischen Systems zu einer hybriden Moderne führte und damit den Weg zu einer nachholenden Entwicklung versperrte. Der periphere Kapitalismus, der sich in weiten Teilen Lateinamerikas nach der Befreiung aus der kolonialen Herrschaft durchsetzte, führte zwar zur Errichtung marktwirtschaftlicher Institutionen, zu einer gesellschaftlichen Ausdifferenzierung und damit einhergehend zur Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die jedoch allesamt, unter anderem aufgrund ihres Konfligierens mit traditionellen Strukturen, korrumpierte Formen annahmten und weite Teile der Bevölkerung ausschlossen.

Im Gegensatz dazu war das sowjetische Modell des Staatssozialismus der Versuch einer gegenüber den westlichen Industrieländern nachholenden und gleichzeitig konkurrierenden Modernisierung unter zentraler Planung. Während im Rahmen dieses Modells eine Modernisierung auf Gebieten wie Bildung, Gesundheitswesen, Industrialisierung und Säkularisierung erreicht werden konnte, wurden Prozesse wie die Ausdifferenzierung von Interessen, die Herausbildung einer Zivilgesellschaft sowie die Entwicklung eigenen Innovationspotentials blockiert. Das staatssozialistische Modell als eine zu westlichen Industrieländern konkurrierende Ausformung gesellschaftlicher Moderne schuf damit andere Voraussetzungen als der Kolonialismus und seine Folgewirkungen in Lateinamerika, hatte aber ebenso zur Konsequenz, dass die Länder des ehemaligen Ostblocks bereits vor ihrem Übergang in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft nach Ende des Kalten Krieges in weiten Teilen bereits moderne Strukturen aufwiesen, wenn auch in anderer Art und Intensität als die ehemals kolonialisierten lateinamerikanischen Länder.

Die bedeutendsten Unterschiede zwischen lateinamerikanischen und mittel- und osteuropäischen Ländern, die sich aus den jeweiligen Entwicklungswegen ergaben und eine hohe Relevanz für die Arbeit einer politischen Stiftung wie der FES haben, sind zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht die Existenz nicht nur marktwirtschaftlicher Strukturen und Institutionen, sondern auch marktwirtschaftlicher Erfahrungen und eines „kapitalistischen Geistes“ in Lateinamerika, während der sowjetische Staatssozialismus weder eine Marktwirtschaft kennzeichnende formale Strukturen noch eine entsprechende Orientierung innerhalb der Gesellschaft und der Eliten hervorgebracht hat. Im Rahmen des Transformationsprozesses der postsozialistischen Staaten galt es daher, wirtschaftliche Strukturen, Institutionen und damit einhergehen-

de gesellschaftliche Einstellungen von Grund auf neu zu errichten und zu fördern, wogegen in der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder im wirtschaftlichen Transitionsprozess bereits ein kapitalistisches und marktwirtschaftliches Grundgerüst bestand, auf dem aufgebaut werden konnte.

In politischer Hinsicht hinterließen die autoritären Regime, die über weite Strecken des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika herrschten, ebenfalls andere Spuren als die totalitären Regime in den sozialistischen Ostblockstaaten. Da die autoritären Militärregime in lateinamerikanischen Staaten in aller Regel kein ideologisches Monopol für sich beanspruchten, in den Augen der Bevölkerung nur wenig Legitimität hatten und im Vergleich zum sowjetischen Staatssozialismus ein Phänomen von kurzer Dauer waren, erreichten sie eine weniger umfassende und tiefgehende antidemokratische Prägung der Gesellschaft als dies in den sozialistischen Staaten Osteuropas der Fall war. In lateinamerikanischen Ländern waren demokratische Traditionen aus vorautoritärer Zeit, so unterschiedlich diese qualitativ auch waren, in vielen Fällen auch zur Zeit der Militärregime noch wirksam, zivilgesellschaftliche Strukturen überlebten und zumindest Ansätze einer demokratischen politischen Kultur blieben erhalten. Auch vorautoritäre Erfahrungen mit Mehrparteiensystemen, Oppositionsparteien, Parlamenten und anderen formalen Strukturen eines demokratischen Systems konnten in den Jahren und Jahrzehnten der Militärregime kaum ausgelöscht werden.

Derartige für den Aufbau einer Demokratie wichtige Strukturen, gesellschaftliche Prägungen und Erfahrungen waren in den sozialistisch regierten Staaten Mittel- und Osteuropas kaum existent. Das sozialistische System verhinderte eine Ausdifferenzierung von Interessen, erstickte zivilgesellschaftliche Ansätze bereits im Keim, strebte nach einer umfassenden und tiefgehenden Indoktrinierung der Gesellschaft mit sozialistischen Werten und etablierte das zentralistische Einparteiensystem als alternativlose Form politischer Herrschaft. Anknüpfungspunkte für die Etablierung eines demokratischen Systems wie in Lateinamerika existierten daher nach dem Zusammenbruch der totalitären Regime des Ostblocks nicht und mussten ebenso wie entsprechende wirtschaftliche Strukturen von Grund auf neu errichtet werden.

Ogleich einige Länder sowohl innerhalb der Gruppe der sozialistischen Ostblockstaaten als auch der Gruppe der zeitweilig autoritär regierten lateinamerikanischen Staaten zweifellos hinsichtlich mancher Aspekte Abweichungen zu den hier typologisierend dargestellten Kennzeichen beider Regionen aufweisen⁵⁹⁰, wird doch deutlich, dass hinsichtlich der historischen,

⁵⁹⁰ Während beispielsweise Polen im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten Osteuropas nie totalitär, sondern stets autoritär regiert wurde und insbesondere aufgrund der innerhalb des Ostblocks ausnehmend starken Stellung der katholischen Kirche und der *Solidarność* in weiten Teilen liberales Gedankengut und zivilgesellschaftliche Ansätze aufwies, konnte die 71 Jahre dauernde PRI-Herrschaft in Mexiko durchaus Legitimität in der Bevölkerung für sich beanspruchen, die mexikanische Gesellschaft wirksam mit antidemokratischen Werten

wirtschaftlichen und politischen Hintergründe, welche die lateinamerikanischen Länder einerseits und die Staaten Mittel- und Osteuropas andererseits aufweisen, und der daraus resultierenden unterschiedlichen Voraussetzungen, die diese Länder für einen Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft mitbrachten, eine relativ klare Trennlinie zwischen beiden Regionen gezogen werden kann. Auch wenn im Rahmen der Transformations- und Transitionsprozesse die Problemlagen in Bereichen wie Regierungsführung, Zivilgesellschaft und politische Kultur vordergründig große Ähnlichkeiten aufweisen, sind sie entsprechend dem Konzept der Pfadabhängigkeit aufgrund der verschiedenen Hintergründe, aus denen sie entstanden, doch von sehr unterschiedlicher Art und Intensität. Dies spricht dafür, dass von externen Akteuren wie politischen Stiftungen, die diese Umbruch- und Übergangsprozesse in beiden Regionen unterstützen, unterschiedliche Ansätze und Herangehensweisen an die augenscheinlich gleichartigen Entwicklungsdefizite gefordert sind.

Der unterschiedliche Verlauf der Umbrüche in beiden Regionen und damit einhergehende Anforderungen an externe Akteure der Demokratieförderung

Es sind jedoch nicht nur die Hintergründe und damit die in der Vergangenheit der jeweiligen Regionen und Länder liegenden Faktoren, die unterschiedliche Ansätze in der Bewältigung aktueller Problemlagen erfordern, sondern ebenso die unterschiedlichen Arten und Verläufe der jeweiligen Umbruchprozesse. Während die politischen und ökonomischen Transitionen in Lateinamerika in einigen Ländern zwar simultan, in den meisten Fällen jedoch nacheinander erfolgten und in keinem Fall so tief greifend wie in Mittel- und Osteuropa verliefen, mussten die dortigen postsozialistischen Länder eine sehr abrupt eingeleitete simultane politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation bewältigen, die in Umfang und Tiefe nicht nur die lateinamerikanischen, sondern alle bisherigen Umbruchprozesse deutlich übertraf. In Lateinamerika, wo marktwirtschaftliche, demokratische und zivilgesellschaftliche Basisstrukturen bereits bestanden und sich zudem ein langsamerer und nur Teilbereiche betreffender Umbruch vollzog, mussten zum einen politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen nicht völlig umgewälzt und neu aufgebaut, sondern „nur“ reformiert werden und konnte zum anderen das demokratische und marktwirtschaftliche Sozialkapital, welches in Ansätzen bereits vorhanden war, graduell mitwachsen. Die alle gesellschaftlichen Teilbereiche umfassenden Reformen in Mittel- und Osteuropa dagegen, die insbesondere im Bereich

prägen und aufgrund der langen Präsenz vorautoritäre demokratische Traditionen weitgehend auslöschen. Andererseits zeigte sich der „sanfte Autoritarismus“ der PRI hinsichtlich der Zulassung oppositionellen Gedankengutes und zivilgesellschaftlicher Strukturen weniger restriktiv als die vergleichsweise kurzlebigen Militärregime in anderen lateinamerikanischen Ländern. Vgl. dazu Kap. VI und VIII.

der Wirtschaft in zahlreichen Ländern in Form einer Schocktherapie durchgeführt wurden, waren kaum mit den graduellen Reformprozessen der lateinamerikanischen Transitionsländer zu vergleichen. Die für den Aufbau eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems notwendigen Strukturen mussten neu errichtet werden, was durch das Nachwirken sozialistischer Ideologien, Werte und formaler Strukturen deutlich erschwert wurde.

Dass neben den unterschiedlichen Hintergründen und Voraussetzungen, die beide Regionen für ihre Transformations- bzw. Transitionsprozesse mitbrachten, auch Art und Verlauf der jeweiligen Umbrüche sehr spezifische Anforderungen an externe Akteure der Demokratieförderung stellten, bestätigt Burnell, indem er feststellt: „It is to be expected that different patterns of opportunity and constraint will present themselves in these different situations, quite apart from all the other country-specific circumstances of history, culture, religion and so on that might have a bearing on the situation. All this could have significant implications for the right choice of approach to democracy promotion by the international community.“⁵⁹¹

In welcher der beiden Regionen eine politische Stiftung wie die FES vor einfachere oder schwierigere Aufgaben gestellt wurde und nach wie vor wird, kann pauschal kaum beantwortet werden. Lateinamerika scheint zum einen aufgrund der bereits existierenden demokratischen und marktwirtschaftlichen Traditionen und Basisstrukturen sowie der langsameren und konsekutiven Umbruchprozesse deutlich bessere Voraussetzungen für eine erfolgreiche Transition zu Demokratie und Marktwirtschaft aufzuweisen und die FES damit vor weniger tiefgreifende und damit leichter fassbare Aufgaben zu stellen als Mittel- und Osteuropa mit der simultanen Transformation, den instabilen zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie den ideologischen Hinterlassenschaften des Sozialismus. Gleichzeitig stellt sich jedoch die Frage, ob ein völliger und umfassender Neuaufbau, wie er in Mittel- und Osteuropa notwendig wurde, nicht sogar leichter zu unterstützen und durchzuführen ist als eine Reform deformierter und korrumpierter wirtschaftlicher und politischer Strukturen in Lateinamerika. Ebenso muss berücksichtigt werden, dass ein großer Teil der Länder des ehemaligen Ostblocks neben einem hohen Bildungsstand und einem gut entwickelten Humankapital von Beginn des Transformationsprozesses an auch eine klare Westorientierung aufwies, was sich in vielen Fällen förderlich und insbesondere beschleunigend auf den Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen auswirkte.

So unterschiedlich die Anforderungen an politische Stiftungen als externe Akteure der Demokratieförderung in Lateinamerika und Mittel- und Osteuropa auch waren und nach wie vor sind, gilt doch für beide Regionen der Grundsatz, dass die Förderung einer linearen nach-

⁵⁹¹ Burnell 2004, S. 103.

holenden Entwicklung und damit einer Kopie des westlichen Entwicklungsmodells in keinem der Länder sinnvoll und möglich ist, da, wie die kritische Modernisierungstheorie sowie die Entwicklungskritik der 1990er Jahre deutlich machen, sowohl in den ehemaligen Ostblockstaaten wie auch in den Transitionsländern Lateinamerikas bereits vor den Umbrüchen teilmodernisierte Strukturen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bestanden und diese Länder daher keine tabula rasa für die Übertragung westlicher Modelle darstellen. Stattdessen muss im Rahmen der Förderung von Entwicklung und Demokratie in beiden Regionen der Nutzung lokaler Ansätze eine hohe Priorität eingeräumt werden.

Die unmittelbare Bearbeitung der Erscheinungsformen von Unterentwicklung wie etwa Analphabetismus, hohes Bevölkerungswachstum und existentielle Armut, wie sie zwar Entwicklungsländer des Südens, kaum jedoch die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas aufweisen, stellt den Schwerpunkt der Arbeit zahlreicher NRO dar, liegt jedoch nicht im Kernbereich der Tätigkeit politischer Stiftungen. Eigentliche Relevanz für die gesellschaftspolitische Stiftungsarbeit haben Entwicklungsdefizite in Bereichen wie Regierung, Parlament, Justiz und Zivilgesellschaft, welche sich während der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Umbruch- und Übergangsprozesse sowohl in Mittel- und Osteuropa als auch in Lateinamerika zeigten und immer noch zeigen. Diese Entwicklungsdefizite, auch wenn sie in beiden Regionen in ähnlicher Weise zutage treten, basieren in den postsozialistischen Transformationsländern einerseits und den lateinamerikanischen Transitions- und Entwicklungsländern andererseits auf sehr unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen, historischen und soziokulturellen Hintergründen und müssen zudem im Rahmen der hinsichtlich Umfang und Geschwindigkeit sehr unterschiedlich verlaufenden Umbruchprozesse in beiden Regionen auf eine je spezifische Weise bewältigt werden.

Aufgrund dieser unterschiedlichen Voraussetzungen in Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika stellt sich zum einen die Frage, ob die FES als politische Stiftung mit dem Ziel der Förderung von Entwicklung und Demokratie diese Unterschiede zwischen beiden Regionen als solche Faktoren wahrnahm, aus denen sich unterschiedliche Anforderungen an ihre dortige Arbeit ergaben. Zum anderen muss gefragt werden, ob und auf welche Art und Weise die Stiftung, entweder aus einer solchen Wahrnehmung und Erkenntnis heraus oder auch unreflektiert, ihre eigene Arbeit auf die sich aus diesen Unterschieden ergebenden Aufgaben in Mittel- und Osteuropa und Lateinamerika jeweils abstimmte und ihre traditionellen Arbeitsansätze entsprechend der neuen Anforderungen in den postsozialistischen Transformationsländern modifizierte.